SÜDWIND
Für eine gerechte Weltwirtschaft!

INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

Foto: ©Jack Zalium

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Zeit zum Handeln

Liebe Leserinnen und Leser,

die Afrikanische Union (AU) hat sich zum Ziel gesetzt, sich bis zum Jahr 2063 zu einer globalen Wirtschaftsmacht zu entwickeln. Herzstück dieser Agenda 2063 ist eine kontinentale Freihandelszone. SÜDWIND sieht hierin große Chancen aber auch nicht unerhebliche Herausforderungen.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2020 bietet eine Möglichkeit, die Ziele der Agenda 2063 aktiv zu unterstützen und damit ein Zeichen für die aus der Kolonialzeit erwachsene historische Verantwortung der EU zu setzen. Dazu zählt auch eine Migrationspolitik, welche nicht vornehmlich auf Grenzmanagement und Abwehr sog. irregulärer Migration setzt.

Ein wichtiger Meilenstein dürfte auch ein neues Abkommen zwischen der EU und den Staaten Afrikas, Asiens und des Pazifik (AKP) sein. Dieses soll während der deutschen EU Ratspräsidentschaft unterzeichnet werden. Ebenso steht der EU-Haushalt 2021-2027 auf der Agenda, darunter auch die neuen Instrumente der EU-Entwicklungszusammenarbeit und deren finanzielle Ausstattung.

Eine faire Handels- und Investitionspolitik der EU wird maßgeblich für die Erreichung der gesteckten Ziele sein: der Agenda 2063 in Afrika, der Agenda 2030 oder des Klimaschutzabkommens. Deutschland kann die Ratspräsidentschaft nutzen und neue Impulse für die Partnerschaft zwischen der EU und Afrika geben.

Unser Blog greift zentrale Fragen der EU-Afrika-Beziehungen auf: www.eu-afrika-blog.de.

Dr. Ulrike Dufner,
Geschäftsführerin SÜDWIND e.V.

Zwischen Juli und Dezember 2020 hat Deutschland die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (EU) inne. In dieser Zeit müssen wegweisende Entscheidungen für Länder des Globalen Südens getroffen werden. Bereits vor der Covid-19 Pandemie, die derzeit Vieles überlagert, standen neben dem Brexit wichtige globale Herausforderungen wie Klimawandel, Handel und Protektionismus, Krieg und regionale Konflikte auf der Tagesordnung der EU-Außenpolitik. Gleichzeitig muss das Verhältnis zum Nachbarkontinent Afrika neu geordnet werden. Der EU-Afrika Gipfel ist wegen Covid-19 vorerst vertagt worden. Die Zeit sollte genutzt werden, um die gemeinsame EU-Afrika Strategie, die hier verabschiedet werden sollte, in den Bereichen Klima, Handel, Migration und Digitalisierung nachzubessern.

Was ist von dieser Strategie zu erwarten? Die Unentschlossenheit, die allzu oft durch den Boykott einzelner Mitgliedsländer der EU entsteht, ist derzeit nicht angebracht. Die bestehenden Krisen sind zu ernst, um sie nur mit Sonntagsreden zu bedenken. Bislang ist aus den frommen Absichten jedoch wenig Greifbares für den Nachbarkontinent herausgesprungen. Es reicht nicht, das Engagement für Afrika und die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen als schöne Utopie des Multilateralismus hervorzuheben. Nun muss es konkret werden, wenn nötig „im Alleingang“. Neben der Klimapolitik muss die EU endlich auch in Fragen der Handels- bzw. Investitionspolitik und der Digitalisierung konkrete und verbesserte Angebote machen.

Im Vergleich zu den anderen Weltregionen ist Afrika schlecht in globale Wertschöpfungsketten integriert, oft nur als Lieferant billiger Rohstoffe. Hinzu kommen Probleme wie Korruption, Konflikte und schwache Regierungsinstitutionen. Grundlegende Strukturprobleme stehen allerdings mit der Handels- und Investitionspolitik der EU in Verbindung, die bis heute an den eigenen Interessen ausgerichtet sind und diese internen Probleme durch ungerechte Handelsbeziehungen zementiert haben. Das hat die Chancen für Afrikas Industrialisierung an vielen Stellen zunichte gemacht.

Dabei sehen sich afrikanische Länder mit der Notwendigkeit konfrontiert, eine eigene Verarbeitungsindustrie aufzubauen, um kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern, Arbeitsplätze für die junge Bevölkerung zu schaffen und Armut und Ungleichheit zu überwinden. Das geht nicht ohne ausländische Direktinvestitionen in den Bereichen, in denen technologische Entwicklung mit neuen Beschäftigungsmöglichkeiten Hand in Hand gehen. Wertschöpfungsketten müssen daher ökonomisch, sozial und ökologisch aufgewertet werden. Hier muss die europäische Handels- und Investitionspolitik ansetzen. Digitalisierung kann dabei gerade für kleine und mittlere, aber auch für größere Unternehmen eine große Chance bieten, Dienstleistungen und Know How zu entwickeln, die notwendig sind, um globale Wertschöpfungsketten ökonomisch aufzuwerten.

Noch nie waren die Chancen für Deutschland so groß, die Entwicklungszusammenarbeit der EU mit den Ländern Afrikas positiv zu beeinflussen. Jetzt muss dringend gehandelt werden um die langfristigen Interessen beider Regionen in den Mittelpunkt zu stellen. Um eine solche Chance zu nutzen, müssen jetzt die Interessen Afrikas als die wichtigste Nachbarregion der EU ganz oben auf der Agenda stehen und nicht die kurzfristigen Interessen der Milchbäuerinnen und -bauern in Europa. Die Bundesregierung sollte die Ratspräsidentschaft nutzen, um gerade jetzt, da der Gipfel vertagt wurde, konkrete Maßnahmen und Ziele zu verhandeln, die die Agenda 2063 der AU wie den Aufbau des innerafrikanischen Handels unterstützen.

Dr. Pedro Morazán

Global Player in Afrika

Neben der EU sind auch weitere Global Player in Afrika aktiv: Zu ihnen zählen die USA, die mit dem Handelsabkommen AGOA für viele Staaten Sub-Sahara-Afrikas wichtige Exportchancen eröffnen, Indien, dessen Handel vor allem mit dem südlichen und östlichen Afrika seit Jahren im zweistelligen Prozentbereich wächst und zunehmend vom Rohstoffhunger Indiens getrieben wird, und natürlich China, das unter anderem mit dem Mammutprojekt der Neuen Seidenstraße auch afrikanische Staaten in seine Einflusssphäre und viele von ihnen in eine neue Schuldenspirale zieht. Die Konkurrenz um afrikanische Märkte, Rohstoffe und Produkte ist also groß. Geopolitische und ökonomische Interessen der Global Player lassen sich nicht immer auseinanderhalten. Das zum Teil menschenrechtlich und ökologisch bedenkliche Engagement anderer Global Player in Afrika kann allerdings keine Entschuldigung für ein ebensolches Verhalten der EU sein. Die europäische Zivilgesellschaft erwartet von der EU eine anti-rassistische, anti-kolonialistische, zukunftsorientierte und nachhaltige Partnerschaft mit den Ländern Afrikas.

Migration und Flucht – vom Monolog zum Dialog

Migration und Flucht sind große Herausforderungen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und den afrikanischen Staaten. Die Europäische Union ist eine wichtige Zielregion internationaler Migration. Viele Länder Afrikas sind dabei wichtige Herkunftsstaaten, einige zugleich aber auch Transitländer oder Zielstaaten. Hervorzuheben ist die besondere Situation in Bezug auf Flüchtlinge: Sub-Sahara-Afrika beherbergt 26% der weltweiten Flüchtlinge. Das sind ca. 18. Mio. Menschen, die zum Teil innerhalb des eigenen Landes oder innerhalb der Region geflohen sind.

Die interkontinentale Migration aus Afrika findet primär regulär statt, das heißt, die meisten afrikanischen Migrant*innen verfügen über gültige Papiere und Visa und migrieren legal aus familiären, arbeitsbezogenen oder Studiengründen. Neben der regulären Migration finden auch irreguläre Einreisen auf dem Land- und auf dem Seeweg statt. Die Zahlen der irregulären Einreiseversuche in die EU schwanken von Jahr zu Jahr, die beiden Hauptmotive bleiben aber gleich: Flucht vor Konflikten und Suche nach Perspektiven. Konzepte zum Schutz vor Krieg und Verfolgung und zum Aufbau wirtschaftlicher Perspektiven sind deshalb die primären Antworten, die die Europäisch-Afrikanische Agenda geben müsste.

Foto: ©fronterasur

Der im Frühjahr 2020 vorgelegte Vorschlag der Europäischen Kommission für diese Agenda formuliert fünf Säulen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika für die Zukunft, unter ihnen eine „Partnerschaft für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“, eine „Partnerschaft für Frieden und gute Regierungsführung“ und eine „Partnerschaft im Bereich Migration und Mobilität“. Ob aber die Betonung auf Förderung nachhaltiger Investitionen und menschenwürdiger Arbeitsplätze – wobei letzteres sehr allgemein bleibt – der Größe der Herausforderung gerecht wird, bleibt offen: In den nächsten 15 Jahren werden schätzungsweise 375 Mio. junge Afrikaner*innen das Erwerbsalter erreichen. Ihnen vor Ort eine berufliche Perspektive zu bieten, erfordert enorme, auch finanzielle Anstrengungen. Eine wirkliche Alternative zur irregulären Migration nach Europa sucht man im Vorschlag der EU-Kommission für die neue EU-Afrika-Agenda vergebens.

Der Kommissionsvorschlag für die neue Agenda behält außerdem die bisherige Ausrichtung der EU-Migrationspolitik gegenüber Afrika explizit bei: Die neue Agenda soll eine wirksame Migrationssteuerung und ein wirksames Grenzmanagement unterstützen. Sie knüpft auch explizit an die langjährigen regionalen Dialogprozesse (Rabat- und Karthum-Prozess) zwischen der EU und den afrikanischen Staaten entlang der westlichen bzw. der östlichen Migrationsroute an. Diese konzentrierten sich bisher auf die Verhinderung irregulärer Migration durch Grenzmanagement und Kontrollmaßnahmen.

Mit ihrer Fokussierung auf Grenzmanagement und Abwehr irregulärer Migration droht die Agenda der EU, die Interessen der Afrikanischen Union und afrikanischer Regionalgemeinschaften wie der ECOWAS zu unterlaufen: Diese stellen Aspekte wie die Förderung von sicherer und geregelter Migration, das sozial-ökonomische Wohlergehen von Migrant*innen und Gemeinschaften, die Sicherung der Rechte von Migrant*innen, regionale Integration und Personenfreizügigkeit in den Vordergrund. Sollte Europa diese Aspekte nicht ebenfalls prioritär behandeln, wird aus dem EU-Afrika-Dialog eher ein einseitiger, vom Geldgeber EU dominierter Monolog.

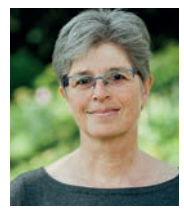
Dr. Sabine Ferenschild

Foto: © UNIDO

Schafft Leder Wert?

Einige afrikanische Länder sehen in der Leder- und Schuhindustrie eine Chance, die großen Viehbestände in ihrem Land für wirtschaftliche Entwicklungen nutzbar zu machen. Insbesondere in Äthiopien ist der Ledersektor so zu einem der wirtschaftspolitischen Schwerpunktsektoren geworden. Eine Reihe politischer Maßnahmen zielt darauf ab, die Qualität des in Äthiopien gefertigten Leders zu verbessern und nachfolgende Produktionsschritte auszubauen. Ausfuhren von Rohhäuten und nichtfertigem Leder wurden von 2008 bis Anfang dieses Jahres sehr stark besteuert, um den Export höherwertiger Lederware zu fördern. Um möglichst viel Wertschöpfung im Land zu erwirken und dafür Investor*innen aus dem Ausland anzuziehen, wurden Industrieparks und Sonderwirtschaftszonen eingerichtet. Für Arbeiter*innen wurden Schulungen für die Produktion beispielsweise von Handschuhen, Taschen oder Schuhen in Fabriken organisiert. Äthiopische Exporte von Rohhäuten und halbfertigem Leder gingen im Zuge dieser Maßnahmen sehr stark zurück, während die Ausfuhr von Lederwaren und Schuhen deutlich stieg und mehr Menschen in den verarbeitenden Fabriken Arbeit fanden. Die Löhne sind insbesondere in Industrieparks allerdings oft sehr schlecht, die Lebenshaltungskosten hoch. Einen Mindestlohn gibt es für die Branche nicht.

Trotz politischer Bemühungen machten afrikanische Schuhe 2018 nur 0,8 % aller Schuhexporte weltweit aus, mit Tunesien, Marokko, Südafrika und Äthiopien als größten Schuhexporteuren des Kontinents. Auch in Äthiopien bleibt der Exporterlös hinter den Erwartungen der Regierung weit zurück. Der internationale Wettbewerb, Produktionsstandort für ausländische Firmen zu sein, wurde lange vor allem durch niedrige Lohn- und Produktionskosten entschieden, ergänzt durch staatliche Förderungen und steuerliche Begünstigungen. In der Folge sind schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen für den Sektor sowohl in Asien als auch in Afrika die Regel. Auch einige Fabriken in Europa stehen in der Kritik. Weltweit gibt es Berichte von Arbeitsrechtsverletzungen wie der Unterdrückung von Kollektivverhandlungen und Gewerkschaften sowie Umweltverschmutzung durch die Verwendung giftiger Chemikalien bei schlechtem Abwassermanagement. So bleibt ungewiss, inwieweit die Exporte der Bevölkerung wirklich helfen.

Der größte Mehrwert – also der Wertzuwachs eines Produkts durch einen Arbeitsschritt – wird nicht bei der Produktion von Konsumgütern erwirtschaftet, sondern bei deren Vertrieb. So fließt bei dem Verkauf eines Lederschuhs ein großer Anteil des Gewinns zumeist in wohlhabende Länder, in denen modische Modelle entworfen, Marken beworben und die Schuhe verkauft werden. Deutlich weniger fließt in die Länder, in denen durch Gerbprozesse mit giftigen Chemikalien Rohhäute zu Leder verarbeitet, die Oberteile der Schuhe in mühsamer Handarbeit genäht oder die Sohlen mit stinkendem Kleber angebracht werden.

Zukünftig könnten afrikanische Produktionsstandorte davon profitieren, dass als Folge der COVID-19-Pandemie einige international tätige Unternehmen ihre Lieferketten umstrukturieren und das Risiko von Engpässen durch eine Diversifizierung der Standorte zu vermeiden versuchen. Dabei sollte dringend berücksichtigt werden, dass Geschäftsbeziehungen etabliert werden, bei denen Sozial- und Umweltstandards eingehalten und existenzsichernde Löhne gezahlt werden.

Auch die Regierung Kenias benennt in der KenyaVision2030 Leder und Lederverarbeitung als einen von drei Schwerpunkten der Industriepolitik. Ein neuer ‚Lederpark‘ soll beispielsweise 35.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Der Kariokor Markt in Nairobi soll 9.000 Menschen zusätzlich in der Schuhherstellung beschäftigen. Die Bemühungen Kenias können dabei auch als Wiederbelebung eines immer kleiner werdenden Industriezweigs interpretiert werden: Schuhherstellende aus Kenia litten in den vergangenen Jahrzehnten stark unter dem Preisdruck durch Importe, vor allem aus China, und durch Second-Hand-Ware, besonders aus Europa.

Einige afrikanische Länder haben komparative Vorteile wie vorhandene Viehbestände, Standard setzende Institutionen und politische Maßnahmen zur Exportförderung und Umweltschutz, die zu einer erfolgreichen Schuhproduktion beitragen könnten. Notwendig sind allerdings die Verbesserung der Infrastruktur und der Schutz einheimischer Märkte. Damit Wertschöpfung im Schuh- und Ledersektor afrikanischer Staaten gelingt, bedarf es aber auch Veränderungen der Einkaufspraktiken und Geschäftsmodelle von Unternehmen in Europa.

Jiska Gojowczyk

Zeit für ein starkes Lieferkettengesetz

Nicht existenzsichernde Einkommen und damit verbundene Kinderarbeit z.B. auf Kakaoplantagen Westafrikas, verheerende Arbeits- und Lebensbedingungen im Rohstoffabbau, Landnahme und Vertreibung für Agrarprojekte: Menschenrechtsverstöße sind keine Ausnahmen in weltweiten Wertschöpfungsketten – auch in den Geschäftsbeziehungen hiesiger Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent. Auf freiwilliger Basis – das zeigten zuletzt auch Befragungen durch die Bundesregierung – kommen deutsche Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nicht ausreichend nach. Ein Lieferkettengesetz, das aktuell in der Bundesregierung diskutiert wird, würde Unternehmen zur Achtung von Menschenrechten in ihren Auslandsgeschäften verpflichten. SÜDWIND engagiert sich in der Initiative Lieferkettengesetz (lieferkettengesetz.de) gemeinsam mit über 100 Partnern für eine umfassende gesetzliche Regulierung mit klaren Sanktionen – für eine gerechtere Weltwirtschaft. Machen Sie mit! (https://www.suedwind-institut.de/aktionen.html).

Wie weiter nach Covid-19?

Covid-19 wird uns sicher noch eine ganze Weile begleiten. Selbst wenn bald ein Impfstoff breit zugänglich sein sollte, wird sich die Pandemie langfristig auf die globale Wirtschaft, auf die Produktion und vor allem auch auf globale Wertschöpfungsketten und Arbeitswelten auswirken. Ob der Verlauf in vielen Ländern Afrikas aufgrund verschiedener Faktoren, wie z.B. der vergleichsweise jungen Bevölkerung, des Klimas oder der Erfahrungen in der Pandemiebekämpfung (Stichwort Ebola) tatsächlich nicht so schwerwiegend wird, ist noch nicht ausgemacht. Fest steht aber schon heute, dass die bislang vergleichsweise guten Zahlen in vielen Ländern auch auf teils zügige und weitreichende Corona-Maßnahmen zurückzuführen sind. Und dass dies wiederum massive Auswirkungen auf die Volkswirtschaften und die wirtschaftliche Situation vieler Menschen hat, da staatliche Abfederungsmaßnahmen oft nicht finanzierbar sind.

Foto: ©World Bank Photo Collection

Viele kleine und mittlere Unternehmen laufen Gefahr, ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Unter den Beschäftigten sind es insbesondere Frauen, die meist ohnehin schon in prekären Verhältnissen beschäftigt waren, die nun unverhältnismäßig stark betroffen sind. Ein Großteil der Beschäftigten in Afrika ist im informellen Sektor tätig, Kleinstunternehmen, die auf den direkten Kontakt mit den Kund*innen angewiesen sind. Social distancing bedeutet hier oft existenzbedrohende Einnahmeverluste. Die Auswirkungen in Afrika sind umfassend: Länder, die von Rohstoffexporten abhängig sind, leiden sowohl unter sinkenden Preisen als auch unter dem Nachfragerückgang. Aber auch andere Exportmärkte sind eingebrochen, das gilt für die Blumenindustrie in Kenia ebenso wie für industrielle Vorprodukte in der Automobilindustrie. Viele Länder leiden auch stark unter dem Einbruch der Tourismusbranche. Aber Wertschöpfungsketten waren auch in die andere Richtung unterbrochen: Viele Länder sind von Nahrungsmittelimporten abhängig. Reisimporte aus Vietnam, von denen Ghana beispielsweise abhängig ist, kamen teilweise zum Erliegen.

Ein boomender Markt war demgegenüber eigentlich der Kautschuksektor, denn medizinische Produkte wie Handschuhe waren lange Mangelware und sind bis heute gefragt. Insbesondere in Westafrika gibt es einen wachsenden Kautschukanbau, aber wie so oft endet die Wertschöpfung hier. Naturkautschuk wird in einer ersten Verarbeitungsstufe exportiert, medizinische Handschuhe beziehen Europa und die USA aber eher aus China oder Malaysia. Damit hat die Pandemie ein weiteres Problem vieler afrikanischer Volkswirtschaften aufgezeigt – der geringe Grad an Industrialisierung und Wertschöpfung im Land, an Integration in globale und der Existenz regionaler Wertschöpfungsketten.

Wünschenswert wäre daher, dass die Erfahrungen aus der Pandemie-Krise einer Entwicklung Vorschub leisten, die schon zuvor eine Herzensangelegenheit der Afrikanischen Union (AU) war: die Stärkung des innerafrikanischen Handels durch vermehrte wirtschaftliche Integration, wie sie im Rahmen der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) angedacht ist. Die Pandemie mit ihren dramatischen wirtschaftlichen Auswirkungen, ebenso wie die Schließung vieler innerafrikanischer Grenzen hat diesem Großprojekt zwar vorerst einen Dämpfer erteilt, mittelfristig aber sollte das Projekt mehr denn je vorangebracht werden.

Europa ist und bleibt der wichtigste Handelspartner für Afrika. Die EU sollte solche Strategien daher unterstützen. Auch die EU hat ihre Lehren aus der Krise gezogen. Als gleich zu Beginn des Ausbruchs zentrale Lieferketten unterbrochen waren, kam auch in Deutschland die Diskussion auf, wie globale Abhängigkeiten verringert werden können. Ein Gedanke war dabei, dass Afrika von einer Umstrukturierung globaler Wertschöpfungsketten profitieren könnte, wenn Europa auch aufgrund der räumlichen Nähe Produktionsketten über Afrika statt über Asien lenkt. Produktionskosten sind hier zwar oft höher als in den asiatischen Billiglohnländern, aber Covid-19 hat auch gezeigt, dass der Kostenfaktor nicht die einzige Kenngröße sein sollte und dass Risikostreuung auf der Angebotsseite ein wichtiges Instrument für europäische Unternehmen sein kann, um Wertschöpfungsketten resilienter zu machen.

Asymmetrische Machtverhältnisse in den (Handels-)Beziehungen müssen dabei abgebaut werden. Das erfordert auch ein Überdenken der gegenwärtigen Ausrichtung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und regionalen Wirtschaftszonen in Afrika, die eine weitreichende Marktöffnung für europäische Produkte in Afrika fordern und so lokale Produzent*innen zerstören könnte.

Irene Knoke

„Die Frage ist für mich, wie die EU die Pläne der AU für einen gemeinsamen Markt unterstützen kann."

Ein Interview mit Vitalice Meja

SÜDWIND: *Hat die EU angemessen und schnell genug auf die Probleme reagiert, denen Afrika durch Covid 19 ausgesetzt ist?*

Vitalice Meja: Covid-19 hat uns alle kalt erwischt, daher war es vielleicht eine logische Konsequenz, dass zunächst alle damit beschäftigt waren, die eigenen Probleme zu lösen. Der fiskalische Spielraum zur Bekämpfung der Pandemie in Afrika aber auch zur Abfederung der Auswirkungen auf Wirtschaft Bevölkerung ist noch immer sehr begrenzt. Ein großes Problem sind auch die immensen Schulden, die viele Länder machen, um Unternehmen und Bevölkerung vor der Pandemie zu schützen. Viel Geld erreicht uns über den IWF, die Weltbank oder die Afrikanische Entwicklungsbank, das sind aber Darlehen, es gibt nur sehr wenige Zuschüsse. Wir brauchen auch genügend Ressourcen, um kommunales Gesundheitspersonal einzustellen. Einen speziellen Fonds, in dem ausreichend zusätzliche Mittel als Zuschüsse zur Bekämpfung der Pandemie in Afrika bereitgestellt werden, haben wir noch nicht gesehen.

Vitalice Meja ist der geschäftsführende Direktor der afrikanischen Nicht-Regierungsorganisation Reality of Aid Africa Network.

SW: *Wie sollten die Handelsbeziehungen nach der Pandemie aussehen?*

VM: In Handelsfragen sehen wir durchaus unterschiedliche Interessen, für die EU geht es vor allem ums Geldverdienen, für Afrika steht beim Handel noch stark das Entwicklungsinteresse im Vordergrund. Die Frage ist für mich, wie die EU die Pläne der AU für einen gemeinsamen Markt unterstützen kann. Die EU muss auch heute noch anerkennen, dass sie mit einem schwächeren Partner handelt, der immer noch hauptsächlich Rohstoffe exportiert und nur einen geringen Mehrwert selbst erwirtschaftet. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika greifen hier zu kurz, um die Ziele der Partnerschaft zu verwirklichen und Entwicklungsfragen in den Mittelpunkt zu stellen.

SW: *Siehst Du in der Digitalisierung eine Chance?*

VM: Nach der Pandemie wird die Digitalisierung vielleicht sogar noch relevanter, weil sie Möglichkeiten für Transaktionen sowohl mit Waren und Dienstleistungen aber auch mit Geld verbessert. Um das besser nutzbar zu machen, müssen wir aber den Zugang für die Armen deutlich ausweiten und sicherstellen, dass wir so viele Gemeinden wie möglich erreichen. Auch im Blick auf die Schule, zum Beispiel, sind Online-Unterricht und ein digitaler Zugang zu Informationen und Bildung essentiell. Die EU sollte dabei unterstützen, den Zugang zur digitalen Technologie zu verbessern und die Kosten hierfür zu senken. Durch eine derart verbesserte Innovationsfähigkeit haben auch Volkswirtschaften eine Chance für eine zukunftsfähige Transformation. Selbst jetzt in der Pandemie und ihrer Prävention geht es ja auch viel mehr um Bewusstseinsbildung und um soziale Intervention als nur um medizinische Intervention.

SW: *Wie schätzt Du gegenwärtig die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Vorbereitung des EU-Afrika Gipfels ein?*

VM: Gegenwärtig sind zivilgesellschaftliche Gruppen aus Afrika nicht wirklich an den Diskussionen für den Gipfel beteiligt. Es gibt eigentlich gute Beispiele für Multistakeholder-Prozesse auf lokaler Ebene, bei denen gerade die deutsche Regierung die Prozesse eingeleitet hat. Sie sollten im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft jetzt einen ähnlichen Ansatz verfolgen und viel stärker darauf drängen, dass NRO gehört werden. Gerade mit Blick auf das Ziel der guten Regierungsführung und der Transparenz ist es wichtig, dass das Bürgerengagement gestärkt und Teil des Regierungssystems wird. Nur so ist es möglich, die Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. Während des letzten Gipfels, der in Westafrika stattfand, gab es Kritik daran, dass Stimmen der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den offiziellen Prozessen gefehlt haben. Diese Präsidentschaft könnte Geschichte schreiben, wenn sie im Rahmen der Partnerschaft dafür sorgt, dass die Stimmen der Zivilgesellschaft viel stärker in den Dialog einbezogen werden.

Das macht SÜDWIND

SÜDWIND tritt fast 30 Jahren für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Aus diesem Grund arbeiten wir zu einem breiten Spektrum von Nord-Süd-Themen mit dem Ziel, ungerechte Strukturen aufzudecken, öffentlich zu machen, Handlungsalternativen zu bieten und so zu Veränderungen beizutragen.

SÜDWIND ist dabei inhaltlich und finanziell unabhängig. Um gemeinsam mehr zu erreichen, kooperieren wir mit Akteur*innen auf lokaler, europäischer und globaler Ebene, mit Gewerkschaften, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und Kampagnen.

Wir forschen zu Themen wie Entwicklungszusammenarbeit, Frauen und Weltwirtschaft, Klimagerechtigkeit, Nachhaltigkeit auf Finanzmärkten, zu Rohstoffen und Wertschöpfungsketten sowie zu Sozialstandards im Welthandel. In Deutschland verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir sind überzeugt: Dort, wo Menschen unter den Auswirkungen des globalen Wirtschaftssystems leiden, besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem Reichtum einiger weniger und der Armut vieler Menschen. Hierfür sind ungerechte wirtschaftliche und politische Strukturen verantwortlich und wir wollen dazu beitragen, diese zu ändern.

Besuchen Sie uns:

www.suedwind-institut.de

www.facebook.com/suedwindinstitut

https://twitter.com/Suedwind_eV

https://www.instagram.com/suedwind_ev/

Mitmachen!

Ihre Spende macht unsere Arbeit erst möglich!

Jetzt spenden!

○ Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!

Vorname, Name

E-Mail

○ Lastschrifteinzug ○ Überweisung ○ Rechnung

Die Abbuchung soll erfolgen

○ vierteljährlich ○ halbjährlich ○ jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für Privatpersonen jährlich 70 €.

○ 70 ○ 100 ○ 140 ○ 210 ..... anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Institutionen jährlich 250 €.

○ 250 ○ 500 ..... anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Fördermitglieder jährlich 25 €.

○ ..... anderer Beitrag

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ort, Datum Unterschrift(en)

WC 10030

SEPA-Lastschriftmandat (SEPA Direct Debit Mandate)
für SEPA-Basis-Lastschriftverfahren/for SEPA Core Direct Debit Scheme

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers (Gläubiger)
SÜDWIND e.V. · Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn

Gläubiger-Identifikationsnummer (CI/Creditor Identifier)
DE27ZZZ00000033336

Mandatsreferenz
wird nachgereicht

SEPA-Lastschriftmandat

Ich/Wir ermächtige(n) SÜDWIND e.V. Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von SÜDWIND e.V. auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Bestrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber (Vorname, Name)

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Kreditinstitut BIC

IBAN

Ort, Datum Unterschrift(en)

SÜDWIND e.V.
KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

Der Blick in die Zukunft

Foto: © EU Civil Protection and Humanitarian Aid

Die Herausforderungen für eine zukunftsfähige Partnerschaft zwischen den beiden Nachbarkontinenten sind groß, aber beide Regionen könnten auch von der gegenwärtigen geopolitischen Situation nach Covid-19 profitieren. Europa könnte durch die Förderung einer verarbeitenden Industrie bestehende Potenziale in Afrika aus- und damit auch die Abhängigkeit von China abbauen. Hierfür müssen regionale Wertschöpfungsketten in Afrika unterstützt werden. So könnten Beschäftigungsmöglichkeiten für gut ausgebildete Arbeitskräfte in Afrika geschaffen werden. Die Schuhproduktion ist hierfür ein Beispiel. Auch in der Verarbeitung von Nahrungsmitteln sind Potenziale vorhanden. Solche Strategien müssen jedoch gepaart werden mit dem Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten.

Die gegenwärtigen Handelsstrukturen und die Agrarpolitik der EU müssten dafür aber reformiert werden. Subventionierte Agrarprodukte sind derzeit eher eine Gefahr für afrikanische Bäuerinnen und Bauern. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind nicht der Weg, um regionale Integration zu fördern, und verlangen zudem eine Marktöffnung von den afrikanischen Partnern, die für viele Länder zu früh und zu schnell kommt. Für die Förderung heimischer Industrien und regionaler Integration bedarf es der Möglichkeit für die Wirtschaftsgemeinschaften in Afrika, ihre Märkte zu schützen.

Wirtschaftliche Entwicklung in Afrika wird auch notwendig sein, um den Migrationsdiskurs der EU mit Afrika unter Einhaltung von Menschenrechten voranzutreiben. Die AU braucht die Unterstützung der EU, um ihre Anliegen der sicheren und geregelten Migration, regionaler Integration und Personenfreizügigkeit voranzubringen und dabei die Rechte von Migrant*innen zu sichern. Mehr als jedes andere Thema wird der Umgang mit Migration der Lackmustest für die EU sein, wie ernst sie es mit der Partnerschaft mit Afrika meint.

Auch Frieden und Sicherheit sind für die EU und die AU wichtige gemeinsame Handlungsfelder. Insbesondere in der Sahelzone sind die Herausforderungen für die AU sehr groß, wie das Beispiel Mali derzeit zeigt. Um Konflikte zu bewältigen und die Sicherheit der Menschen zu garantieren, sind langfristige Lösungen notwendig. Ethnische Konflikte sind nur ein Teil des Problems. Gute Regierungsführung, Demokratie und Menschenrechte sind auch in Afrika Voraussetzungen für mehr Frieden und Sicherheit. Sicherheitspolitische Interessen der EU dürfen nicht auf Kosten von Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden.

Foto: © Chris Kirchhoff

Wer eine Partnerschaft auf Augenhöhe anstrebt, muss auch die Logik der gegenwärtigen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gründlich überdenken: Öffentliche Mittel aus der EZ werden zunehmend für die Mobilisierung europäischer privater Investitionen eingesetzt und fehlen in anderen wichtigen Bereichen wie beispielsweise beim Aufbau einer krisenfesten Gesundheitsinfrastruktur. Oft werden über solche Mittel Investitionen subventioniert, die ohnehin stattgefunden hätten, weil das Investitionsobjekt interessant genug ist. Neben Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, zur Förderung von Frieden und Stabilität oder zur Anpassung an den Klimawandel, ist die EZ auch gefordert, kleine und mittlere Unternehmen aus Afrika und den Transfer von Technologie und Know how zu unterstützen, um mehr Wertschöpfung in Afrika zu erreichen.

Für viele Menschen in Afrika sind die Auswirkungen des Klimawandels schon heute eine existentielle Bedrohung. Daher ist es zentral, dass Europa auch im Kampf gegen den Klimawandel entschieden voranschreitet. Der europäische Green Deal ist hierfür ein erster Schritt. Doch auch für Maßnahmen zur Minderung des Treibhausgasausstoßes in Afrika bieten sich große Möglichkeiten, insbesondere im Energiebereich. Hierfür sollte allerdings der Europäische Investitionsplan erheblich nachgebessert werden, um stärker bestehende Potenziale in Afrika zu fördern. Investitionen in Infrastruktur, nachhaltige Energie und Digitalisierung haben eine größere Wirkung als die Subventionierung von europäischen Unternehmen.

Europa braucht ein starkes Afrika als Nachbar, um die Energiewende und die Klimaziele zu erreichen. Länder, in denen auch landwirtschaftliche Produzent*innen in der Lage sind, umweltgerecht ihre Nahrungsmittel selbst zu produzieren. Afrika braucht Europa nicht so sehr als "Geber", sondern eher als einen fairen Handelspartner, der nicht die gegenwärtige Asymmetrie nutzt, um kurzfristig Geschäfte zu machen. Bis zum Jahr 2063 sind immer noch mehr als 40 Jahre Zeit, gemeinsame Ziele zum Wohl der Menschen auf beiden Kontinenten zu verwirklichen.

Foto: © EU NAVFOR Somalia

Impressum

Herausgeber:
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

V.i.S.d.P.:
Dr. Ulrike Dufner
Gestaltung und Satz:
www.pinger-eden.de

September 2020

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein SÜWIND e.V. verantwortlich, die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbh und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert durch

STIFTUNG UMWELT UND ENTWICKLUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung